

**16. Landtag von Baden-Württemberg, 118. Sitzung**  
**Mittwoch, 6. Mai 2020, 10:00 Uhr**

## **Rede**

Mitglied im Arbeitskreis Finanzen

Dr. Albrecht Schütte MdL

### **Zur Aktuellen Debatte**

#### **Sicherung des Landeshaushalts in der Corona-Krise**

Es gilt das gesprochene Wort.

Dr. Albrecht Schütte MdL:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Mit dem vorliegenden Antrag möchte die AfD-Fraktion die Landesausgaben so weit wie möglich einschränken und in der Konsequenz unsere Konjunktur endgültig abwürgen. Da die Ergebnisse der Wirtschaftspolitik der Dreißigerjahre bekannt sind, frage ich mich: Haben Sie im Geschichtsunterricht überhaupt nicht aufgepasst, oder ist das Absicht?

Bisher ist Deutschland im Gegensatz zu anderen Ländern, in denen seit Wochen doppelt so viele Menschen sterben wie üblich, glimpflich durch diese Krise durchgekommen. Dafür danke ich unserem medizinischen Personal. Wir können stolz auf unser Gesundheitssystem sein. Wir haben aber auch rechtzeitig einschränkende Maßnahmen ergriffen. Auch wenn es deutlich weniger Maßnahmen waren als in anderen Ländern – rufen Sie einfach einmal in Italien an –, weiß jeder, der das beschließt, welche konjunkturellen Folgen das hat.

Man kann auf solch eine Sache auch völlig falsch reagieren. 1930 hat man das getan. Die Reichsregierung Müller gefolgt von der Reichsregierung Brüning hat Sparprogramm nach Sparprogramm aufgelegt – genau so, wie Sie es vorschlagen. Sie hat Gehälter gekürzt, Investitionen zusammengestrichen, hat Gehälter nur noch halbmonatlich ausgezahlt. Das Land Baden hat die Lehrerstellen nicht nachbesetzt – genau so, wie Sie das wollen. Die Kommunen haben die Unterstützung der Wohlfahrtsempfänger gekürzt usw. Was war das Ergebnis? Der Umsatz in den Geschäften ging zurück. Die Steuereinnahmen nahmen rapide ab. Die Abwärtsspirale setzte sich unaufhaltsam in Gang. Neben den wirtschaftlichen Folgen hat man den jungen Menschen die Zukunft geklaut.

Ein junger Lehrer aus meiner Gemeinde schrieb über diese Zeit: Wir wurden von Jahr zu Jahr vertröstet. Sofern möglich, arbeitete man in der Fabrik. So war es jedenfalls bei mir. Die Aussicht auf Anstellung als Lehrer wurde von Jahr zu Jahr ungewisser. Genau das wollen wir nicht. Die Sparmaßnahmen ab 1930 – wenn Sie es nirgendwo sonst gelernt haben – kosteten in der Konsequenz einen Haufen Geld und führten in die größte Katastrophe der deutschen Geschichte. Noch einmal: Denken Sie nach – oder ich muss Ihnen wirklich Vorsatz unterstellen.

Richtig ist jetzt also, möglichst viele Unternehmen und Arbeitsplätze zu erhalten und die Konjunktur zu stützen. Nach der Soforthilfe, die wir gemeinsam mit der Landesregierung beschlossen haben, wird es weitere Unterstützung insbesondere für stark betroffene Unternehmen geben.

Das Land investiert weiter auch in Sanierung und Ausbau der Infrastruktur, und in Partnerschaft mit den Kommunen wird die CDU-Fraktion dafür sorgen, deren

Investitionskraft und -tätigkeit zu erhalten und so die Konjunktur zu stabilisieren. Das geht übrigens nur, wenn man keine Haushaltssperre hat. Sonst kann man nämlich der Kommune keinen einzigen Euro geben.

Zudem setzen gerade die Länder und insbesondere wir, das Land Baden-Württemberg, mit ihrem Haushalt auf Zukunft. Oder sollen wir gemäß Ihrem Antrag tatsächlich keinen Informatikunterricht mehr einführen, die Lehrervertretungsreserve kappen, die Forschung in die Wasserstofftechnologie streichen und den Breitbandausbau nicht weiter fördern? Das steht in Ihrem Antrag. Alle Ausnahmen. Lesen Sie den eigenen Antrag! Wissen Sie, da gilt der Satz von König Christian VIII von Dänemark – Der König hat gesagt: Arm und elend sind wir, wenn wir jetzt auch noch dumm werden, können wir aufhören ein Staat zu sein.

Natürlich ist klar, dass wir uns bei der einen oder anderen unnötigen Bürokratie – § 2 b des Umsatzsteuergesetzes – überlegen müssen, ob wir das alles brauchen. Darüber wird man reden müssen. Aber es bleibt die Frage: Wer bezahlt eigentlich die Überlebenshilfe, die Unterstützung der Kommunen und die Investitionen in die Zukunft? Die Antwort sehen wir in den letzten zehn Jahren. Statt einer langjährigen Depression folgte auf die Finanzkrise von 2008 bis 2010 ein Aufschwung, und die Verschuldungsquote wurde von über 80 % auf unter 60 % reduziert. Der Preis war, dass es uns heute viel besser geht als früher und wir haben eine zurückhaltende Haushaltspolitik gemacht.

Aber eine Bemerkung kann man machen: Wenn wir in Zukunft wieder bessere Zeiten haben, können wir erneut senken und vielleicht für 100 Millionen € Zusatzeinnahmen nicht 100 Millionen € Ausgaben zusätzlich beschließen.

Ich bin mir sicher: Wenn wir in die Zukunft investieren und die Wirtschaft nicht jetzt komplett kaputtsparen, dann wird auch die Generation, die jetzt in den Schulen ist, im Jahr 2035 vielleicht die nächste Krise bewältigen können, weil wir sie gut ausgebildet haben, ihnen eine bessere Infrastruktur zur Verfügung gestellt haben und weil wir ihnen Zukunftshoffnung und Zukunftschancen gegeben haben.

Das ist unsere Aufgabe, nicht die Fehler von 1930 zu wiederholen und das Land kaputt zu machen.

Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.